

Moritz von Saß

Inhaltsmoderation durch Intermediäre

Grenzen der Privatautonomie im nationalen
und europäischen Rechtsrahmen



Nomos

Schriften zum Medien- und Informationsrecht

herausgegeben von
Prof. Dr. Boris P. Paal, M.Jur.

Band 76

Moritz von Saß

Inhaltsmoderation durch Intermediäre

Grenzen der Privatautonomie im nationalen
und europäischen Rechtsrahmen



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Leipzig, Universität, Diss., 2023

ISBN 978-3-7560-0891-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-1635-2 (ePDF)

1. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie

Vorwort

Diese Abhandlung lag der Juristenfakultät der Universität Leipzig im Sommersemester 2023 vor und wurde im darauffolgenden Wintersemester als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden bis einschließlich Juni 2023 berücksichtigt. Vor der Drucklegung sind punktuell Aktualisierungen und Ergänzungen vorgenommen worden, die nunmehr in der Entstehung befindliche Kommentarliteratur zum Digital Services Act konnte jedoch nicht mehr vollumfänglich berücksichtigt werden.

Ein großer Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, *Prof. Dr. Boris P. Paal, M.Jur. (Oxford)*, für die durchweg herausragende und umsichtige Betreuung meiner Promotion sowie für die Aufnahme der Arbeit in die von ihm herausgegebene Schriftenreihe. Er begleitete die Entstehung dieser Arbeit mit großem Engagement und stand mir stets mit hilfreichem Rat zur Seite. Für die intensive Auseinandersetzung mit meiner Arbeit und die zügige Zweitbegutachtung danke ich außerdem *Prof. Dr. Konrad Duden, LL.M. (Cambridge)*.

Des Weiteren gilt mein Dank der *Studienstiftung ius vivum*, die die Drucklegung dieser Abhandlung mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss auf unbürokratische Weise gefördert hat.

Auch meinen Freunden, die mich bereits seit vielen Jahren auf meinem Weg begleiten und mich in vielerlei Hinsicht unterstützen, bin ich zu besonderem Dank verpflichtet. Für ihre wertvolle Mitwirkung bei der Fertigstellung des Manuskripts danke ich vor allem *Leonhard Weitz, LL.M., Cedric Döllefeld, LL.M., Dr. Edward L. Rensmann, Dr. Christian Johannes Wahnschaffe, Daniel Schmitz, Charlotte Popp, LL.M. (Columbia), Markus Fiebig, Miriam Tormin* und *Dr. Victoria Krumhoff*.

Von ganzem Herzen danke ich außerdem *Johanna Schaller*. Sie hat mich bei der Anfertigung dieser Arbeit vom ersten Tag an begleitet und hat durch ihren Optimismus, ihr Verständnis, ihren uneingeschränkten Rückhalt und ihre inhaltlichen Impulse zu dem Gelingen des Vorhabens wesentlich beigetragen.

Mein größter Dank gilt schließlich meinen Eltern und meiner Schwester für die immerwährende und vorbehaltlose Unterstützung auf meinem bisherigen Lebensweg. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Hamburg, im Februar 2024

Moritz von Saß

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	31
Einleitung	37
A. Anlass der Untersuchung	37
B. Untersuchungsgegenstand	45
C. Gang der Untersuchung	50
D. Ziel der Untersuchung	51
Kapitel 1 – Moderationspraxis ausgewählter Plattformen	53
A. Funktionsweise der Plattformen	53
B. Arten von unerwünschten Inhalten	60
C. Umgang der Intermediäre mit unerwünschten Inhalten	66
Kapitel 2 – Anwendbares Recht	73
A. Inhaltsmoderation als grenzüberschreitender Prozess	73
B. Relevanz Dritter	74
C. Konsequenzen für das anwendbare Recht	75
D. Zusammenfassung zu Kapitel 2	78
Kapitel 3 – Grundrechtlicher Rahmen	79
A. Relevanter Grundrechtsrahmen	80
B. Unionsgrundrechte	87
C. Nationales Verfassungsrecht	129
D. Zusammenfassung zu Kapitel 3	198

Inhaltsübersicht

Kapitel 4 – Grundlegendes zum Nutzungsvertrag	199
A. Vertragstypologische Einordnung	199
B. Kündigung des Nutzungsvertrags	226
C. Nutzungsbedingungen als Vertragsbestandteil	234
D. Zusammenfassung zu Kapitel 4	274
Kapitel 5 – Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen	275
A. Europäischer Rechtsrahmen	275
B. Nationaler Rechtsrahmen	294
C. Zusammenfassung zu Kapitel 5	362
Kapitel 6 – Durchsetzung der Nutzungsbedingungen	365
A. Allgemeine Vorgaben	365
B. Einzelfälle	392
C. Übertragung von Moderationsbefugnissen auf andere Nutzer	435
D. Zusammenfassung zu Kapitel 6	454
Kapitel 7 – Moderation ohne vertragliche Regelung	457
A. Schuldrecht	457
B. Sachenrecht	461
C. Zusammenfassung zu Kapitel 7	466
Kapitel 8 – Schutzmöglichkeiten der Nutzer	467
A. Plattforminterne Beschwerdemöglichkeiten	467
B. Außergerichtliche Streitbeilegung	477
C. Gerichtliche Anspruchsdurchsetzung	487
D. Verwaltungsrechtliches Beschwerdeverfahren nach Art. 53 DSA	503
E. Zusammenfassung zu Kapitel 8	506

Schlussbetrachtung	507
Zusammenfassende Thesen	513
Literaturverzeichnis	521
Verzeichnis der zitierten Berichte, Mitteilungen, Stellungnahmen, Positionspapiere und sonstigen Internetquellen	545

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	31
Einleitung	37
A. Anlass der Untersuchung	37
I. Entwicklung der Inhaltsmoderation	39
II. Problemlagen	42
III. Stand der Diskussion und aktuelle Entwicklungen	43
B. Untersuchungsgegenstand	45
I. Betrachtete Plattformen	46
II. Weitere thematische Ein- und Ausgrenzungen	48
C. Gang der Untersuchung	50
D. Ziel der Untersuchung	51
Kapitel 1 – Moderationspraxis ausgewählter Plattformen	53
A. Funktionsweise der Plattformen	53
I. Facebook	53
II. Twitter/X	54
III. LinkedIn	55
IV. TikTok	56
V. WhatsApp	57
VI. YouTube	59
B. Arten von unerwünschten Inhalten	60
I. Rechtswidrige Inhalte	61
II. Rechtsgutverletzende Inhalte	62
III. Rechtmäßige Inhalte	62
1. Anlehnung an Straftatbestände	62
2. Vorgaben abseits strafrechtlicher Normen	64
a. Anstandsgefühl der Plattformbetreiber	64
b. Adressierung plattformspezifischer Probleme und Gefahren	65

C. Umgang der Intermediäre mit unerwünschten Inhalten	66
I. Identifizierung von potenziell unerwünschten Inhalten	67
II. Prüfung von potenziell unerwünschten Inhalten	68
III. Mögliche Maßnahmen bei unerwünschten Inhalten	69
IV. Beschwerdemöglichkeiten gegen Durchsetzungsmaßnahmen	71
Kapitel 2 – Anwendbares Recht	73
A. Inhaltsmoderation als grenzüberschreitender Prozess	73
B. Relevanz Dritter	74
C. Konsequenzen für das anwendbare Recht	75
I. Anwendbares Recht im Nutzungsverhältnis	75
II. Anwendbares Recht in Drei-Personen-Verhältnissen	77
D. Zusammenfassung zu Kapitel 2	78
Kapitel 3 – Grundrechtlicher Rahmen	79
A. Relevanter Grundrechtsrahmen	80
I. Verhältnis von nationalen Grundrechten und Unionsgrundrechten	80
1. EuGH	81
2. BVerfG	82
II. Anwendbarkeit nationaler Grundrechte im Rahmen der Untersuchung	84
1. Bisherige Situation	84
2. Zukünftige Situation	85
B. Unionsgrundrechte	87
I. Wirkung von Unionsgrundrechten im Nutzungsverhältnis	88
1. Grundrechtsbindung Privater auf europäischer Ebene	88
a. Uneinigkeit im Schrifttum	89
b. Rechtsprechung des EuGH	90
c. Bedeutung für die untersuchten Fragen	91
2. Grundrechtsbindung nach Art. 14 Abs. 4 DSA	91
a. Reichweite der Grundrechtsbindung	92
aa. Verständnismöglichkeiten	92
bb. Auslegung	93
i. Wortlaut	94

ii. Historie	95
iii. Systematik	95
iv. Telos	97
v. Zwischenergebnis	99
b. Erstreckung auf Gleichheitsrechte	99
aa. Struktur der Gleichheitsrechte der Grundrechtecharta	100
bb. Grundsätzliche Horizontalwirkung von Gleichheitsrechten	101
cc. Berücksichtigung der Gleichheitsrechte im Rahmen des DSA	102
dd. Folgen der Berücksichtigung des Diskriminierungsverbots	104
ee. Zwischenergebnis	104
c. Berücksichtigung von Rechten Dritter	105
II. Grundrechtlicher Schutz der beteiligten Akteure	105
1. Nutzer	105
a. Recht auf freie Meinungsäußerung	106
aa. Meinungsfreiheit	106
bb. Informationsfreiheit	108
b. Gewährleistung der Freiheit der Medien	109
aa. Schutz klassischer Medienanbieter	110
bb. Schutz der übrigen Nutzer	111
c. Versammlungsfreiheit	112
aa. Vorbereitung und Durchführung physischer Versammlungen	113
bb. Virtuelle Versammlungen	114
d. Berufsfreiheit und unternehmerische Freiheit	114
aa. Akzessorische Nutzung zu beruflicher oder unternehmerischer Tätigkeit	116
bb. Vermarktung auf digitalen Plattformen als Kerntätigkeit	116
e. Achtung des Privat- und Familienlebens	117
aa. Achtung des Privatlebens	117
bb. Achtung der Kommunikation	118
f. Religionsfreiheit	119
g. Kunstfreiheit	120
h. Zwischenergebnis	121

2. Intermediäre	121
a. Wirtschaftsgrundrechte	121
b. Kommunikationsgrundrechte	123
aa. Recht auf freie Meinungsäußerung	123
i. (Algorithmisches) Kuratieren als Meinungsäußerung	124
ii. Moderationsmaßnahmen als Meinungsäußerung	125
bb. Gewährleistung der Freiheit der Medien	126
c. Zwischenergebnis	128
3. Dritte	128
C. Nationales Verfassungsrecht	129
I. Wirkung nationaler Grundrechte im Nutzungsverhältnis	129
1. Grundrechtsbindung Privater im deutschen Verfassungsrecht	130
a. Frühe Ansätze zur unmittelbaren Grundrechtsbindung	130
aa. „Absolute Wirkung“ von Grundrechten nach <i>Nipperdey</i>	131
bb. Frühe Rechtsprechung des BAG	132
cc. Kritik	132
b. Aktuell herrschende Ansätze und Rechtsprechung des BVerfG	133
aa. Lehre von der sog. mittelbaren Drittwirkung und Schutzpflichtenlehre	134
bb. Jüngere Rechtsprechung des BVerfG	136
i. Fraport	136
ii. Bierdosen-Flashmob	137
iii. Stadionverbot	138
cc. Resonanz im Schrifttum	139
c. Zwischenergebnis	142
2. Grundrechtsbindung von Intermediären	143
a. Rechtsprechung	143
aa. Instanzgerichtliche Rechtsprechung	143
bb. BVerfG in der Entscheidung zu „Der III. Weg“	144
cc. Rechtsprechung des BGH	146

b. Staatsgleiche Grundrechtsbindung von Plattformbetreibern	147
aa. Freiheitsrechte	147
bb. Allgemeiner Gleichheitssatz	149
i. Argumente für eine Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG	150
ii. Argumente gegen eine Bindung an Art. 3 Abs. 1 GG	152
iii. Zwischenergebnis	159
II. Grundrechtlicher Schutz der beteiligten Akteure	161
1. Intermediäre	161
a. Grundrechtsberechtigung	161
b. Betroffene Grundrechte	162
aa. Berufsfreiheit	163
bb. Eigentumsfreiheit	164
cc. Meinungsfreiheit	165
dd. Medienfreiheiten	167
i. Schutz bei tradierter Dreiteilung der Medienfreiheiten	168
ii. Einheitliche Medienfreiheit	175
ee. Allgemeine Handlungsfreiheit	177
ff. Zwischenergebnis	178
2. Nutzer	178
a. Meinungsfreiheit	179
aa. Schmähkritik	179
bb. Unwahre Tatsachenbehauptungen	180
cc. Zensurverbot	181
b. Informationsfreiheit	182
c. Medienfreiheiten	183
aa. Schutz klassischer Medienanbieter	184
bb. Schutz der übrigen Nutzer	184
i. Rundfunkfreiheit	184
ii. Einheitliche Medienfreiheit	186
d. Versammlungsfreiheit	187
aa. Vorbereitung und Durchführung physischer Versammlungen	188
bb. Virtuelle Versammlungen	188
i. Verdeckte Protestformen	188

ii. Offene Zusammenkünfte	189
e. Berufsfreiheit	191
f. Telekommunikationsgeheimnis	192
g. Gründungs- und Betätigungsfreiheit von Parteien	194
h. Sonstige Grundrechte	196
i. Zwischenergebnis	197
3. Dritte	197
D. Zusammenfassung zu Kapitel 3	198
Kapitel 4 – Grundlegendes zum Nutzungsvertrag	199
A. Vertragstypologische Einordnung	199
I. Geschäftsmodelle von digitalen Plattformen	201
1. Finanzierung durch Werbung	201
2. Finanzierung auf andere Art und Weise	203
II. Hauptleistungspflichten der Vertragsparteien	204
1. Plattformbetreiber	204
a. Bereitstellung der Plattform	205
b. Dauerhafte Zugangsmöglichkeit	206
c. Zuverlässigkeit der Plattform	207
d. Zwischenergebnis	207
2. Nutzer	208
a. Daten als (Gegen-)Leistung	208
aa. Vorüberlegungen	209
bb. Problem der fehlenden Durchsetzbarkeit	210
cc. Stellungnahme	212
i. Dogmatische Einbettung	212
ii. Zweckmäßigkeitserwägungen	214
b. Zwischenergebnis	215
III. Mögliche Vertragstypen	216
1. Unentgeltliche Vertragstypen	216
2. Entgeltliche Vertragstypen	217
a. Mietvertrag	218
b. Dienstvertrag	221
c. Werkvertrag	222
d. Entgeltlicher Nutzungsvertrag <i>sui generis</i>	224
3. Zwischenergebnis	225

B. Kündigung des Nutzungsvertrags	226
I. Außerordentliche Kündigung	226
II. Ordentliche Kündigung	226
1. Befristung auf die Lebenszeit des Nutzers	228
a. Schaffung einer „virtuellen Identität“ als Vertragszweck	228
b. Interessenlage der Parteien	229
c. „Gedenkzustand“ als Indiz für die Befristung	230
d. Kündigungsrecht des Nutzers	231
2. Kein inhaltlicher Widerspruch zum „Digitalen Nachlass“	231
a. Herausgabeanspruch der Erben entsprechend § 667 BGB	232
b. Inkonsistenz der bisherigen BGH-Rechtsprechung	232
3. Zwischenergebnis	233
C. Nutzungsbedingungen als Vertragsbestandteil	234
I. Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB	235
II. Nutzungsbedingungen als allgemeinen Geschäftsbedingungen	236
1. Öffentlich einsehbare Nutzungsbedingungen	236
2. Interne Richtlinien	237
III. Einbeziehung der Nutzungsbedingungen	239
1. Voraussetzungen nach § 305 Abs. 2 BGB	239
a. Hinweis auf die Nutzungsbedingungen	240
b. Zumutbare Möglichkeit zur Kenntnisnahme	240
aa. Umfang der Nutzungsbedingungen	241
bb. Verweisungstechnik	243
cc. Verlinkungen von ergänzenden Richtlinien	245
dd. Speichern oder Ausdrucken der Nutzungsbedingungen	246
i. Gesetzlicher Maßstab	246
ii. Abgrenzung zu § 312i Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BGB	249
iii. Vorgehen der Intermediäre	250
ee. Sprache	251
c. Zustimmung zur Einbeziehung	252
d. Zwischenergebnis	253

2. Überraschende Klauseln	253
a. Gesetzlicher Maßstab	253
b. Überraschende Klauseln in den Nutzungsbedingungen	254
aa. Lösch- und Sperrklauseln	255
i. Rechtsprechung	255
ii. Weitere Überlegungen	256
bb. Weitere ggf. überraschende Klauseln	257
c. Zwischenergebnis	257
IV. Änderungen der Nutzungsbedingungen	258
1. Änderungsvertrag	258
a. Voraussetzungen	259
b. Vorgehen der untersuchten Intermediäre	260
c. Unwirksamkeit der Willenserklärung des Nutzers	260
2. Änderungsklauseln	262
a. Gesetzlicher Rahmen	263
aa. § 308 Nr. 4 BGB	263
bb. § 308 Nr. 5 BGB	264
cc. § 307 BGB	265
b. Änderungsklauseln der untersuchten Intermediäre	267
aa. Einseitige Änderungsrechte	267
bb. Zustimmungsfiktionen	269
i. Reichweite der Zustimmungsfiktionen	270
ii. Vorgaben des § 308 Nr. 5 BGB	271
c. Zwischenergebnis	272
3. Änderungen nach Art. 14 Abs. 2 DSA	272
4. Zwischenergebnis	273
D. Zusammenfassung zu Kapitel 4	274
Kapitel 5 – Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen	275
A. Europäischer Rechtsrahmen	275
I. DSA	276
1. Anwendungsbereich	276
a. Adressaten der Vorgaben des DSA	276
b. „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ i. S. d. DSA	278

2. Pflichtinhalte	279
a. Informationen zu Nutzungsbeschränkungen	279
aa. Umfang	279
bb. Vorgaben für die Gestaltung	280
i. Transparenz	281
ii. Zugänglichkeit	282
iii. Maschinenlesbarkeit	283
b. Informationen zur missbräuchlichen Verwendung	284
c. Informationen zu Empfehlungssystemen	285
3. Vorgaben im Zusammenhang mit Minderjährigen	286
a. Maßstab	286
b. Umsetzungsschwierigkeiten in der Praxis	287
4. Zusammenfassungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen	288
5. Sprache	289
6. Rechtsfolgen einer Nichtbeachtung der Vorgaben	290
a. Sanktionen durch die Koordinatoren für digitale Dienste	290
b. Weitergehende Rechtsfolgen	291
II. P2B-VO	292
1. Vorgaben für allgemeine Geschäftsbedingungen	293
2. Konsequenzen einer Nichtbeachtung	294
B. Nationaler Rechtsrahmen	294
I. AGB-Recht	295
1. Kontrollfähigkeit	295
2. Inhaltskontrolle	297
a. Gesetzlicher Maßstab	298
aa. Transparenzgebot	298
i. Äußere Gestaltung	299
ii. Bestimmtheitsgebot	300
iii. Täuschungsverbot	300
bb. Abweichung vom gesetzlichen Leitbild	301
cc. Gefährdung der Erreichung des Vertragszwecks	302
dd. Unangemessene Benachteiligung nach § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB	302
b. Konsequenzen für Lösch- und Sperrklauseln	303
aa. Kein anlassloser Nutzerausschluss	304
i. Ermessensklauseln	304

ii.	Klauseln zur ordentlichen Kündigung	304
iii.	Beispiele aus der Praxis	310
bb.	Keine anlasslosen sonstigen Moderationsmaßnahmen	311
i.	Verfassungsrechtlicher Ansatz	312
ii.	Alternativer Ansatz	312
iii.	Beispiele aus der Praxis	316
cc.	Vorgaben für einzelne Inhaltsarten	317
i.	Rechtswidrige Inhalte	318
ii.	Rechtsgutverletzende Inhalte	319
iii.	Rechtmäßige Inhalte	319
dd.	Hinreichende Bestimmtheit der unzulässigen Inhalte	334
i.	Anforderungen an die Bestimmtheit	334
ii.	Beispiele aus der Praxis	335
ee.	Verdachtsklauseln	336
i.	Notwendigkeit von Verdachtsklauseln im Plattformbetrieb	336
ii.	Beispiele aus der Praxis	337
ff.	Abgestuftes Sanktionsregime	339
gg.	Verfahrensanforderungen	340
3.	Zwischenergebnis	341
II.	Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB	341
III.	AGG	342
1.	Anwendungsbereich der §§ 19 ff. AGG	342
2.	Benachteiligung	343
3.	Geschützte Merkmale	344
4.	Rechtfertigung	344
5.	Rechtsfolge bei Verstößen	345
6.	Auswirkungen in der Praxis	346
IV.	Telekommunikationsrecht	346
1.	Verpflichtete des § 3 TTDSG	346
2.	Reichweite und Inhalt des Fernmeldegeheimnisses	348
3.	Konsequenzen für Plattformbetreiber und ihre Nutzungsbedingungen	349
a.	Moderation als Teil der „Erbringung der Telekommunikationsdienste“	349

b. Ausnahme bei gesetzlicher Vorschrift oder Straftat nach § 138 StGB	351
c. Unwirksamkeit entgegenstehender Nutzungsbedingungen	352
V. Medienstaatsvertrag	353
1. Transparenzpflichten	353
a. § 93 Abs. 1 Nr. 1 MStV	354
b. § 93 Abs. 1 Nr. 2 MStV	355
c. Weitere Transparenzpflichten	355
2. Diskriminierungsverbot für journalistisch-redaktionell gestaltete Angebote	356
VI. Kartellrecht	358
1. Marktabgrenzung und Marktbeherrschung	358
2. Kommunikationsstandards als Konditionenmissbrauch	360
VII. Zwischenergebnis	362
C. Zusammenfassung zu Kapitel 5	362
Kapitel 6 – Durchsetzung der Nutzungsbedingungen	365
A. Allgemeine Vorgaben	365
I. Verfahrensvorgaben	365
1. Europäischer Rechtsrahmen	365
a. Begründungspflicht nach Art. 17 DSA	366
aa. Erfasste Maßnahmen	366
bb. Umfang der Begründungspflicht	367
cc. Beschaffenheit der Begründung	368
b. Begründungspflicht nach Art. 4 P2B-VO	368
2. Nationaler Rechtsrahmen	369
a. Vorgaben	370
aa. Verfassungsrechtliche Vorgaben	370
i. Benachrichtigung	370
ii. Begründung	371
iii. Anhörung	371
iv. Neubescheidung und Wiederherstellung des Beitrags	372
v. Stellungnahme	372
bb. Einfachgesetzliche Vorgaben	374
i. Bisherige Vorgaben des NetzDG	374

ii.	Abmahnerfordernis nach § 314 Abs. 2 BGB	375
iii.	Begründung nach § 626 Abs. 2 Satz 3 BGB	376
b.	Verhältnis zu den Vorgaben des DSA	376
II.	Materielle Vorgaben	378
1.	Erfüllung des einschlägigen Tatbestands	378
2.	Weitere materielle Vorgaben	379
a.	Europäischer Rechtsrahmen	379
aa.	Sorgfältiges, objektives und verhältnismäßiges Vorgehen	379
i.	Sorgfalt	380
ii.	Objektivität	380
iii.	Verhältnismäßigkeit	380
bb.	Hinreichende Berücksichtigung der Grundrechte im Einzelfall	382
i.	Hinreichende Berücksichtigung von Freiheitsrechten	382
ii.	Diskriminierungsfreie Ausübung von Moderationsbefugnissen	383
b.	Nationaler Rechtsrahmen	386
aa.	Verfassungsrecht	386
i.	Anknüpfungspunkt für grundrechtliche Wertungen	386
ii.	Vorgaben	389
bb.	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	391
cc.	Telekommunikationsrecht	392
B.	Einzelfälle	392
I.	Journalistisch-redaktionelle Inhalte	393
1.	Informationsbeschaffung zum Zwecke der Berichterstattung	394
a.	Keine spezialgesetzliche Rechtsgrundlage für Plattformzugang	394
b.	Zugangsanspruch auf Grundlage der Medienfreiheit	395
c.	Konsequenzen für die Moderationsbefugnisse	397
2.	Verbreitung von journalistisch-redaktionellen Inhalten	397
a.	Keine spezialgesetzliche Rechtsgrundlage	398
b.	Verbreitungsanspruch auf Grundlage der Medienfreiheit	398
c.	Konsequenzen für die Moderationsbefugnisse	399

d.	Lauterkeitsrechtliche Einschränkung in Bezug auf Faktenchecks	399
aa.	Unterlassungsanspruch gegen Prüforganisation	400
bb.	Unterlassungsanspruch gegen Plattformbetreiber	401
cc.	Keine Verallgemeinerung bisheriger Entscheidungen	402
e.	Besonderer Diskriminierungsschutz nach § 94 MStV	403
aa.	Relevanz auf Ausübungsebene	403
bb.	Sonstige Relevanz von § 94 Abs. 2 Alt. 1 MStV	404
f.	Entwurf des Media Freedom Act	405
aa.	Ziele und Inhalte des MFA-E	405
bb.	Relevanz im Bereich der Inhaltsmoderation	406
cc.	Ausblick	407
II.	Gewerbliche Inhalte	407
1.	Grundrechtlicher Schutz	408
a.	Horizontalwirkung der Berufsfreiheit	408
b.	Abwägung kollidierender Grundrechte	409
c.	Abwägungsergebnis	411
2.	Mögliche kartellrechtliche Besonderheiten	411
a.	Digitale Plattformen als wichtige Werbekanäle	411
b.	Marktabgrenzung	412
c.	Essential-facilities-Doktrin	413
d.	Keine Sonderbehandlung gegenüber gewöhnlichen Nutzern	415
III.	Künstlerische Inhalte	415
1.	Horizontalwirkung der Kunstfreiheit	415
2.	Abwägung kollidierender Grundrechte	417
3.	Abwägungsergebnis	418
IV.	Religiöse Inhalte	419
1.	Horizontalwirkung der Religionsfreiheit	419
2.	Abwägung kollidierender Grundrechte	420
3.	Abwägungsergebnis	421

V. Inhalte politischer Parteien	421
1. Wahlwerbung in Wahlkampfzeiten	422
a. Wahlwerbung in klassischen Massenmedien	422
aa. Sendezeiten im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk	423
i. Einfachgesetzlicher Anspruch auf Sendezeiten	423
ii. Keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit	424
bb. Veröffentlichung von Anzeigen in der Presse	425
b. Wahlwerbung auf (privaten) digitalen Plattformen	426
aa. Kein originäres Recht auf Verbreitung von Wahlwerbung	427
bb. Bindung an den Grundsatz der (abgestuften) Chancengleichheit	427
cc. Inhalt des Gleichbehandlungsanspruchs	429
2. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit außerhalb des Wahlkampfes	430
VI. Inhalte von Hoheitsträgern	431
1. Sperrung der Profile von US-Präsident <i>Trump</i>	432
2. Privilegien von Hoheitsträgern auf digitalen Plattformen	433
VII. Zwischenergebnis	435
C. Übertragung von Moderationsbefugnissen auf andere Nutzer	435
I. Moderation durch Private	436
1. Rechtsgrundlage für Moderation im privaten Nutzer-Nutzer-Verhältnis	437
2. Grundrechtswirkung im privaten Nutzer-Nutzer-Verhältnis	438
a. Zu berücksichtigende Grundrechtspositionen	439
b. Abwägung	441
3. Zwischenergebnis	442
II. Moderation durch Hoheitsträger und staatsnahe Akteure	442
1. Hoheitliche Nutzung von Moderationswerkzeugen	442
2. Grundrechtseingriffe durch Moderation von Nutzerinhalten	443
a. Informationsfreiheit	444
b. Meinungsfreiheit	445
c. Recht auf gleichberechtigte Teilhabe	445

3. Rechtfertigung der Eingriffe	446
a. Moderation auf Grundlage polizeirechtlicher Generalklauseln	446
b. Moderation auf Grundlage eines virtuellen öffentlich-rechtlichen Hausrechts	447
aa. Öffentlich-rechtliches Hausrecht der physischen Welt	448
bb. Übertragbarkeit auf virtuelle Sachverhalte	449
cc. Konsequenzen für die Ergreifung von Moderationsmaßnahmen	450
dd. Sonderfall: Rundfunkanstalten und Religionsgemeinschaften	452
4. Prozessuale Besonderheiten	453
5. Zwischenergebnis	453
D. Zusammenfassung zu Kapitel 6	454
 Kapitel 7 – Moderation ohne vertragliche Regelung	 457
A. Schuldrecht	457
I. Zurückbehaltungsrechte	457
II. Außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund	458
1. Vertragsverletzung von nicht unerheblichem Gewicht	459
2. Besonderheiten bei (nur) teilweise unwirksamen Löscho- und Sperrklauseln	460
3. Frist zur Abhilfe und Erklärungsfrist	461
B. Sachenrecht	461
I. Urteil des LG Bonn vom 16. November 1999	462
1. Sachverhalt	462
2. Entscheidungsgründe	462
3. Resonanz im Schrifttum	463
II. Bedeutung des „virtuellen Hausrechts“ bei unwirksamen Löscho- und Sperrklauseln	464
1. Ausübung des Hausrechts bei entgegenstehenden Schuldverhältnissen	464
2. Maßstab bei Dauerschuldverhältnissen	465
C. Zusammenfassung zu Kapitel 7	466

Kapitel 8 – Schutzmöglichkeiten der Nutzer	467
A. Plattforminterne Beschwerdemöglichkeiten	467
I. Gesetzliche Grundlagen	468
1. Internes Beschwerdemanagementsystem nach Art. 20 DSA	468
a. Beschwerdefähige Entscheidungen	469
b. Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens	470
c. Grundsätze für die Bearbeitung von Beschwerden	471
d. Rückgängigmachung von unberechtigten Maßnahmen	472
2. Internes Beschwerdemanagementsystem nach Art. 11 P2B-VO	472
3. Beschwerdeverfahren nach Art. 28b Abs. 3 Unterabs. 3 lit. i) AVMD-RL	473
II. Abgrenzung der Verfahren	474
a. Künftiges Schicksal von § 3b NetzDG	474
b. Verfahren auf europäischer Ebene	475
III. Bewertung	476
B. Außergerichtliche Streitbeilegung	477
I. Gesetzliche Grundlagen	477
1. Außergerichtliche Streitbeilegung nach Art. 21 DSA	478
a. Zulassung der außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen	478
b. Ablauf der außergerichtlichen Streitbeilegung	479
c. Kostentragung	480
d. Kritik	481
2. Mediation nach Art. 12 P2B-VO	483
3. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren nach Art. 28b Abs. 7 AVMD-RL	484
II. Abgrenzung der Verfahren	485
III. Bewertung	485
C. Gerichtliche Anspruchsdurchsetzung	487
I. Internationale Zuständigkeit	487
II. Klageart	488

III. Mögliche materielle Ansprüche	489
1. Anspruch auf Rückgängigmachung einer Moderationsmaßnahme	489
a. (Quasi-)Negatorischer Unterlassungsanspruch	490
b. Vertragliche Ansprüche	490
aa. Erfüllungsanspruch	490
bb. Schadensersatz in Naturalrestitution	491
i. Anspruch aus § 280 Abs. 1 Satz 1 BGB i.V.m. § 249 BGB	492
ii. Nacherfüllungsanspruch nach §§ 327i Nr. 1, 327l BGB	493
2. Anspruch auf Unterlassung zukünftiger inhaltsgleicher Maßnahmen	499
3. Anspruch auf Schadensersatz oder Entschädigung in Geld	500
a. Vertraglicher Anspruch auf Schadensersatz	500
b. Deliktsrechtlicher Anspruch auf Entschädigung in Geld	501
c. Anspruch auf Entschädigung nach Art. 54 DSA	502
d. Weitere Anspruchsgrundlagen	503
D. Verwaltungsrechtliches Beschwerdeverfahren nach Art. 53 DSA	503
I. Beschwerdebefugnis	504
II. Beschwerdegegenstand	504
III. Folgen einer Beschwerde	505
E. Zusammenfassung zu Kapitel 8	506
Schlussbetrachtung	507
Zusammenfassende Thesen	513
Literaturverzeichnis	521
Verzeichnis der zitierten Berichte, Mitteilungen, Stellungnahmen, Positionspapiere und sonstigen Internetquellen	545

